

**NDR Info Das Forum**  
**STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN**  
Andreas Flocken

**10.02.2018 /19.20-19.50 Uhr**  
**11.02.2018 /12.30-13.00 Uhr**  
E-Mail: [streitkraefte@ndr.de](mailto:streitkraefte@ndr.de)  
[www.ndr.de/streitkraefte](http://www.ndr.de/streitkraefte)

**Inhalt:**

- Koalitionsvertrag – Desaster für die Bundeswehr?
- Neue US-Nuklearstrategie – Maßgeschneiderte Abschreckung durch „Mini-Nukes“?
- Streit um Nordstream 2-Pipeline – Wirtschaftsdeal auf Kosten der Sicherheit?

Zur Verfügung gestellt vom NDR  
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe unserer Sendereihe, am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Ein Blick auf unsere Themen:

- Koalitionsvertrag - Desaster für die Bundeswehr?
- Neue US-Nuklearstrategie - Maßgeschneiderte Abschreckung durch „Mini-Nukes“? Und:
- Streit um Nordstream 2-Pipeline - Wirtschaftsdeal auf Kosten der Sicherheit?

In dieser Woche sind die Weichen für eine Neuauflage der Großen Koalition gestellt worden. Der am Mittwoch vorgestellte Koalitionsvertrag war allerdings eine schwere Geburt. Welche Folgen wird er haben für die Bundeswehr und die Außen- und Sicherheitspolitik? Bereits an dem Sondierungspapier gab es von Soldaten viel Kritik. In dem Verbandsorgan des Bundeswehrverbandes, also der Interessenvertretung der Soldaten, war sogar von einem Desaster die Rede. Vor allem, weil für die angekündigten Trendwenden in den Streitkräften

viel zu wenig Geld bereit gestellt werde, so der Vorwurf. Was bedeutet der Koalitionsvertrag also für die Bundeswehr? Christoph Prössl weiß mehr:

### Manuskript Christoph Prössl

Vom Sondierungspapier war nicht nur André Wüstner, Vorsitzender des Bundeswehrverbandes, schockiert. Wenn das so beschlossen werde, dann sei das eine Einigung auf Kosten der Bundeswehr, zitierten Medien Mitte Januar André Wüstner.

Und auch Hans-Peter Bartels, Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages, holte aus. Die Bundeswehr als Ganzes sei derzeit nicht einsetzbar, sagte der SPD-Politiker dem Focus. Deutliche Worte in einer Phase, in der Wüstner und Bartels gleichermaßen Einfluss auf die Koalitionsverhandlungen nehmen wollten. Die Formulierung im Sondierungspapier, dass die Große Koalition die bestmögliche Ausrüstung, Ausbildung und Betreuung bereit stellen wolle, war dann doch zu vage.

Im Koalitionspapier steht es jetzt präziser: Es gilt der 51. Finanzplan für die Jahre 2018 bis 2021, den die Bundesregierung in der vergangenen Legislaturperiode bereits beschlossen hatte. Und dieser Plan sieht eine Erhöhung des Verteidigungsetats von 38,5 Milliarden Euro in diesem Jahr auf 42,4 Milliarden 2021. Dazu kommen noch einmal 250 Millionen Euro pro Jahr und:

### O-Ton Wadephul

„Na immerhin steht drin, dass alle weiteren Haushaltsspielräume prioritär - und das soll halt betont werden, und das war auch umstritten - für diesen Bereich eingesetzt werden sollen.“

Sagt Johann Wadephul, der für die CDU neben anderen Politikern die Passagen zur Außen- und Sicherheitspolitik verhandelt hat.

Das heißt: wenn die Steuereinnahmen besser ausfallen als berechnet und weitere Milliarden übrig bleiben, dann soll die Bundeswehr zusätzliches Geld erhalten, „prioritär“, wie im Koalitionsvertrag steht. Dort steht aber auch, dass die Bundesregierung - sollte die Große Koalition zustande kommen - weitere Finanzmittel aufteilt für die Bundeswehr einerseits, für Krisenprävention und Ent-

wicklungshilfe andererseits im Verhältnis eins zu eins. André Wüstner schrieb dazu auf der Internetseite des Bundeswehrverbandes:

#### O-Ton Zitat Wüstner

„Nach einem schwachen Start mit dem Sondierungspapier zeigen Union und SPD nun, dass sie einiges besser machen wollen für die Bundeswehr. Die Vereinbarungen der potentiellen Koalitionspartner bilden eine gute Grundlage, um die Einsatzbereitschaft personell wie materiell wieder herzustellen.“

Was schon deutlich versöhnlicher klingt.

Wenn es um die Finanzierung der Bundeswehr geht, ist das auch immer mit der Grundsatzdebatte um Bündnisverpflichtungen verbunden. Stichpunkt: 2-%-Ziel der NATO. 2021 wird die Bundesregierung den Wert von 1,5 % erreichen, also 1,5 % der jährlichen Wirtschaftsleistung fließen dann in den Bereich Verteidigung - wenn keine zusätzlichen Mittel eingesetzt werden können.

#### O-Ton Wadephul

„In einer Alleinregierung der Union wäre das noch stringenter formuliert worden. Darüber braucht man ja gar nicht hinweg reden.“

Sagt Johann Wadephul, CDU, der mit den Vertretern der SPD verhandelt hat. Etwas schwieriger dürften die Gespräche zwischen Union, FDP und Grünen einige Wochen vorher verlaufen sein. Tobias Lindner, verteidigungspolitischer Sprecher der Grünen:

#### O-Ton Lindner

„Als Grüne war uns immer wichtig, dass wir beim Thema Sicherheitspolitik gesagt haben, mehr Sicherheit bekommen wir nicht durch mehr Geldausgabe für die Bundeswehr. Also es muss ja dann doch eher darum gehen, die Debatte darüber zu führen, welchen Auftrag gibt die Politik den Streitkräften, welche Struktur wollen wir, was machen wir besser national oder was können wir europäisch machen und wo haben wir noch Effizienzspielraum. Da denke ich an das Thema Beschaffung.“

Das zweite große Streitthema im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik sind die Rüstungsexporte. Union und SPD wollen die Rüstungsexporte in Drittländer weiter einschränken. Kleinwaffen - also Gewehre und Pistolen - sollen grundsätzlich nicht mehr an Drittländer verkauft werden, also außerhalb der Europäischen Union oder an Länder, die nicht NATO-Mitglied sind.

### O-Ton Lindner

„Wenn jetzt die Koalitionäre davon sprechen, wir werden weiterhin gucken, dass wir das noch restriktiver machen und irgendwie einengen, dann kann ich das so recht nicht glauben.“

Sagt Tobias Lindner von den Grünen. Das hängt zum einen daran, dass die Rüstungsexporte seit Jahren auf hohem Niveau verharren und CDU, CSU und SPD eine strenge Formulierung aus dem Sondierungspapier aufgeweicht haben. Ursprünglich war vereinbart worden, dass Unternehmen keine Güter an Länder ausführen dürfen, die am Jemen-Krieg beteiligt sind. Saudi-Arabien wäre also auch auf eine schwarze Liste gekommen. Auch weil in Mecklenburg-Vorpommern auf der Peene-Werft Patrouillenboote für Saudi-Arabien gebaut werden, wurde die zunächst strenge Formulierung aufgeweicht.

Union und SPD vereinbarten auch, die - Zitat - „Kapazitäten zur strategischen Analyse zu stärken“. Das heißt: Friedensforschungsinstitute und außenpolitische Denkfabriken sollen mehr Geld bekommen. Weitere Themen auf den 20 Seiten im Koalitionsvertrag zur Außen- und Sicherheitspolitik: Deutschland solle Initiativen zur Abrüstung einbringen, Marshall-Plan für Afrika, Menschenrechte und die eigene Rolle, die Rolle Europas in der Welt:

### O-Ton Wadephul

„Wir haben gerade das ganze Kapitel Außen- und Sicherheitspolitik eingeleitet mit einer Analyse der Welt, wie sie sich verändert hat: Mit neuen Machtprojektionen Chinas. Mit in der Tat natürlich sogar mit den militärischen Aktivitäten Russlands zuletzt in der Ukraine und parallel dazu einer Infrage-Stellung unseres transatlantischen Bündnisses durch den aktuellen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, wie wir das nicht kannten.“

Die einzige vernünftige Antwort darauf sei Europa, sagt Johann Wadephul. In der Schlussfolgerung ein wenig strittiger Punkt.

Mehr Europa - auch bei der Verteidigung. Union und SPD wollen gemeinsame Projekte im Rahmen der Permanenten Strukturierten Zusammenarbeit PESCO vorantreiben. Grundsätzlich richtig, finden die Grünen, wenn es darum geht, Fähigkeiten gemeinsam aufzubauen. Aber:

### O-Ton Lindner

„Was wir als Grüne kritisch sehen, ist, wenn die Europäische Union über einen Verteidigungsfonds in Rüstungsforschung einsteigt. Das ist alleine schon deshalb ein Problem, weil es ja auf der europäischen Ebene überhaupt keine Fähigkeitsplanung gibt. Dann ist es für mich eher ein Subventionsprogramm für die Rüstungsindustrie als ein intelligenter Weg, effizienter zu werden.“

Auch zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr haben die Parteien im Koalitionsvertrag eine halbe Seite formuliert. Die Mission in Afghanistan soll fortgesetzt werden, die Zahl der eingesetzten Soldaten wollen Union und SPD leicht erhöhen - wie bereits von Verteidigungsministerin von der Leyen im Dezember angekündigt. Auch der Einsatz in Mali soll fortgesetzt werden. Zur Bundeswehrmission im Nordirak heißt es, die Terrororganisation Islamischer Staat sei weitgehend zurück gedrängt worden, deswegen könne das Ausbildungsmandat auslaufen. Ein zweites Mandat für die Region soll neu ausgerichtet werden, um die Kräfte im Irak in die Lage zu versetzen, auch in Zukunft gegen Terroristen vorgehen zu können.

Unterm Strich könnte ein Fazit so aussehen: Die Bundeswehr bekommt mehr Geld, jetzt muss sie es auch vernünftig ausgeben. Die Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Krisenprävention wird aufgewertet. Auch Afrika spielt eine bedeutendere Rolle. Hier wird es darum gehen, Beschlossenes sinnvoll umzusetzen, damit Geld nicht wirkungslos versickert. Die Sätze zu Europa sind richtig und wirken doch wie ein Bekenntnis. Doch jetzt, da eine Regierung fast im Amt ist, könnten Deutschland und Frankreich Worten Taten folgen lassen.

\* \* \*

### Flocken

Soweit Christoph Prössl. Den Koalitionsvertrag finden Sie übrigens auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter [ndr.de/streitkraefte](http://ndr.de/streitkraefte), genauso wie die Interviews mit Tobias Lindner und Johann Wadephul.

Barack Obama hatte die Vision von einer atomwaffenfreien Welt. Anders sein Nachfolger Donald Trump. Er setzt auf Atomwaffen, droht mit ihrem Einsatz. So

reagierte der US-Präsident kürzlich auf die Provokationen des nordkoreanischen Machthabers Kim Jong Un in extremer Weise. Er drohte dem - so wörtlich - „Raketenmann“ vor den Vereinten Nationen mit der totalen Vernichtung, wenn Pjöngjang nicht einlenke. Gefährliche Töne vom US-Präsidenten. Denn bisher galten Atombomben in erster Linie als politische Waffen, die einen bewaffneten Konflikt verhindern sollten. Kritiker befürchten, das werde sich unter Trump ändern. Sie verweisen dabei auf die neue Nuklearstrategie der USA, die in der vergangenen Woche vorgelegt worden ist. Otfried Nassauer hat das Dokument unter die Lupe genommen:

#### Manuskript Otfried Nassauer

Jeder US-Präsident, der zum ersten Mal gewählt worden ist, muss dem Kongress nach dem ersten Amtsjahr eine Blaupause seiner künftigen Nuklearpolitik vorlegen. Auch Donald Trump hat das jetzt getan. Nuclear Posture Review heißt das Dokument. Anfang des Monats wurde es öffentlich vorgestellt. Es unterscheidet sich nur wenig von einem Entwurf, der schon einige Wochen zuvor kursierte.

Den zugrundeliegenden Ton hatte Trump bereits in seiner Rede zur Lage der Nation am 30. Januar vorgegeben:

#### O-Ton Trump (overvoice)

„Als Teil unserer Verteidigungsanstrengungen müssen wir unser nukleares Arsenal modernisieren und wieder aufbauen. Wir müssen es hoffentlich nie einsetzen, aber so stark und mächtig machen, dass es jeden Akt der Aggression abschreckt.“

Und mit Blick auf die Herausforderungen durch Schurkenstaaten, Terroristen und Rivalen wie China und Russland argumentierte Trump so:

#### O-Ton Trump (overvoice)

„Während wir uns mit diesen Gefahren konfrontiert sehen, wissen wir, dass Schwäche der sicherste Weg in den Konflikt ist, während konkurrenzlose Überlegenheit das sicherste Mittel unserer Verteidigung ist.“

In diesen beiden Aussagen spiegelt sich Trumps Credo: „Frieden durch Stärke“. Die Autoren seines Nuclear Posture Reviews haben diesen Grundsatz indirekt aufgenommen und ihrem Präsidenten ein Konzept maßgeschneiderter Abschreckung, einer „tailored deterrence“ aufgeschrieben. Dieser Begriff durchzieht das neue Dokument wie ein roter Faden. Neu ist er jedoch nicht. Er findet sich bereits in Dokumenten, die zu Zeiten von Ex-Pentagon-Chef Donald Rumsfeld während der Präsidentschaft George W. Bushs 2004-2006 entwickelt worden sind.

Das Konzept einer maßgeschneiderten Abschreckung geht davon aus, dass die Herausforderungen, vor denen die Nuklearmacht USA steht, so unterschiedlich und so bedrohlich sind, dass es verschiedener Antworten auf diverse Szenarien bedarf. Erforderlich sei vor allem ein flexibleres und glaubwürdiger einsetzbares, eigenes Atomwaffenpotenzial. Die umfassende Modernisierung aller atomaren Trägersysteme und nuklearen Sprengköpfe, die Barack Obama bereits 2010 mit seinem Nuclear Posture Review eingeleitet hatte, reicht aus Sicht der Autoren nicht aus. Sie fordern mehr und plädieren einerseits für neue, zusätzliche Rüstungsvorhaben und wollen andererseits jene Pläne stoppen, mit denen Obama die Zahl unterschiedlicher Atomwaffentypen im US-Arsenal weiter reduzieren wollte.

Obamas Plan sah vor, im Rahmen der Modernisierung der US-Atomwaffen mehrere Sprengkopftypen mittel- und längerfristig aus den US-Depots zu verbannen. So sollte die Atombombe B83 mit ihrer gewaltigen Sprengkraft von 1,2 Megatonnen möglichst bald außer Dienst gestellt werden. Langfristig sollten außerdem die vier derzeit vorhandenen Sprengkopftypen für Langstreckenraketen auf nur noch zwei Versionen reduziert werden. Die Trump-Administration plant jetzt, die Bomben vom Typ B83 zumindest solange im Dienst zu halten, bis deren Aufgabe nachweislich von einer anderen Waffe übernommen werden kann. Von einer Reduzierung der Typenvielfalt bei den nuklearen Gefechtsköpfen für Raketen ist nicht mehr die Rede. Im Gegenteil. Es soll sogar zusätzliche Varianten geben. Zum einen soll ein kleiner Teil der Langstreckenraketen auf U-Booten möglichst bald mit Atomgefechtsköpfen kleiner Sprengkraft ausgestattet werden. Technisch bedeutet das wahrscheinlich, dass von den beiden

explosiven Nuklearkomponenten, die in diesen Gefechtsköpfen enthalten sind, die größere entfernt oder abgeschaltet wird, während der kleinere atomare Zündsprengsatz aktiv bleibt. Damit könnte die Sprengkraft auf wenige Kilotonnen beschränkt werden. Robert Soofer, ein hoher Pentagon-Beamter, spricht von einer Sprengkraft unterhalb jener der Hiroshima-Bombe, also von weniger als 12,5 Kilotonnen. Kritiker befürchten, dies werde destabilisierend wirken. Kein Gegner sei in der Lage, eine anfliegende seegestützte Langstreckenrakete vom Typ Trident mit einem oder mehreren solcher kleinen Sprengköpfe rechtzeitig von einer baugleichen Rakete zu unterscheiden, die viele große strategische Sprengköpfe trage.

Der zweite Vorschlag sieht vor, in sieben bis zehn Jahren wieder nuklear bestückte Marschflugkörper auf Schiffen oder U-Booten einzuführen. Diese Art der Bewaffnung hat die Regierung Obama erst vor einigen Jahren abgeschafft. Beide Vorschläge sollen umgesetzt werden, ohne zusätzlich neue Atomwaffen zu bauen. Auf diese Weise soll jedoch der Anteil der Atomwaffen mit kleiner oder variabler Sprengkraft im amerikanischen Arsenal vergrößert werden.

Die Autoren des Nuclear Posture Review glauben, dass zielgenauere Atomwaffen mit kleinerer Sprengkraft potenzielle Gegner glaubwürdiger abschrecken als große Nuklearwaffen, vor deren Einsatz selbst der US-Präsident möglicherweise wegen der verheerenden Folgen zurückschrecken könnte. Ein Gegner wie Russland könnte versuchen, das auszunutzen, um seine politische Ziele durchzusetzen, so die Befürchtung. Diese Logik ignoriert jedoch zwei andere Gefahren: Zum einen könnte die eigene Führung in Washington verlockt werden, in einem Konflikt schneller auf Atomwaffen zurückzugreifen. Die Schwelle vor einem Nuklearwaffeneinsatz könnte sinken. Zum anderen könnte ein altes Dilemma der nuklearen Abschreckungslogik in die transatlantische Debatte zurückkehren: Die Diskussion über regional begrenzbare Atomkriege.

Diese historisch betrachtete westliche Problematik erklärt das Dokument jedoch schlicht zu einem Problem der aktuellen russischen Politik. Moskau verfolge seit einiger Zeit eine Strategie der – so wörtlich – „Eskalation, um zu deeskalieren“. Russland spiele mit dem Gedanken eines frühen, begrenzten Ersteinsatz-



zes kleiner Atomwaffen, um die NATO während eines Konfliktes frühzeitig zu einer Kriegsbeendigung zu für Moskau günstigen Bedingungen zu zwingen - weil die NATO vor dem Einsatz großer Atomwaffen zurückschrecken werde. Diese Lesart ist allerdings äußerst umstritten. Durch die russische Militärdoktrin ist sie jedenfalls nicht abgedeckt. Dort heißt es über den Einsatz von Kernwaffen - Zitat:

#### Zitat

„Die Russische Föderation behält sich das Recht vor, als Antwort auf einen gegen sie und/oder ihre Verbündeten erfolgten Einsatz von Kernwaffen oder anderen Arten von Massenvernichtungswaffen, ihrerseits Kernwaffen einzusetzen. Das gilt auch für den Fall einer Aggression mit konventionellen Waffen gegen die Russische Föderation, bei der die Existenz des Staates selbst in Gefahr gerät.“

Voraussetzung eines atomaren Ersteinsatzes in einem bis dato konventionell geführten Krieg wäre also die Gefährdung der staatlichen Existenz Russlands. Der neue Nuclear Posture Review der USA weist Nuklearwaffen dagegen eine deutlich größere Rolle zu. Zu lesen ist dort – Zitat:

#### Zitat

„Die Vereinigten Staaten würden den Einsatz nuklearer Waffen nur unter extremen Umständen erwägen, um die vitalen Interessen der USA, ihrer Verbündeten und Partner zu verteidigen. Zu diesen extremen Umständen können signifikante nicht-nukleare strategische Angriffe gehören. Zu solchen signifikanten nicht-nuklearen, strategischen Angriffen gehören – ohne Anspruch auf Vollständigkeit - Angriffe auf die zivile Bevölkerung oder die Infrastruktur der USA, der Verbündeten oder Partner sowie Angriffe auf US- oder alliierte Nuklearkräfte, deren Kommando und Kontrollstrukturen, Warnsysteme oder Auswertefähigkeiten für Angriffe.“

Der Nuclear Posture Review reklamiert zudem für die USA das Recht, die Definition eines nicht-nuklearen, strategischen Angriffs jederzeit zu ändern und lehnt eine Politik des Verzichts auf einen nuklearen Ersteinsatz ausdrücklich ab. Kernwaffen wird damit eine deutlich größere und flexibler interpretierbare Rolle zugewiesen als unter Barack Obama. Kingston Reif, Wissenschaftler bei der Arms Control Association in Washington, fasst die Kritik an dem Dokument wie folgt zusammen:

### O-Ton Reif (overvoice)

„Erstens: Im Gegensatz zu früheren Nuclear Posture Reviews, die die Rolle nuklearer Waffen reduziert haben, sucht der Bericht von Trump eine größere Rolle für diese Waffen. Er schlägt vor, die Umstände zu erweitern, in denen ein Nuklearwaffeneinsatz in Betracht gezogen wird. (...) Zweitens fordert der Bericht neue und besser nutzbare Nuklearwaffen. (...) Und drittens gibt er wichtige Verpflichtungen der USA bei der Nichtverbreitung und bei der Abrüstung auf.“

In der Tat: Das Thema Rüstungskontrolle wird in dem Bericht eher stiefmütterlich behandelt. Er fällt hinter frühere Positionen Washingtons zurück. Der Report betont zwar das grundsätzliche Interesse Washingtons an der nuklearen Nichtverbreitung, er beklagt aber, dass das Atomabkommen mit dem Iran völlig unzureichend sei. Außerdem wird darauf verzichtet, die vertragliche Verpflichtung der Nuklearmächte zur vollständigen atomaren Abrüstung zu erwähnen. Unzureichende Fortschritte bei der Rüstungskontrolle erklärt der Bericht vor allem damit, dass andere Staaten dem Beispiel und den guten Vorschlägen der USA nicht gefolgt seien. Oder er nennt als Grund die Verletzung etlicher Rüstungskontrollabkommen durch Russland. Das bekannteste Beispiel ist dabei der bislang noch nicht wirklich nachvollziehbar belegte Vorwurf, Russland verletze den INF-Vertrag durch die Stationierung von weitreichenden landgestützten Marschflugkörpern.

Mehr noch: Diese Passagen lesen sich eher wie eine Rechtfertigung der zusätzlichen atomaren US-Modernisierungspläne, die der Nuclear Posture Review einfordert. Seegestützte Marschflugkörper seien zum Beispiel erforderlich, damit Moskau den INF-Vertrag nicht länger ungestraft verletzen könne. Deutlich wird damit: Die nukleare Rüstungskontrolle geht unter Präsident Trump schweren Zeiten entgegen.

\* \* \*

### Flocken

Soweit Otfried Nassauer. Mehr zur neuen US-Nuklearstrategie auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter [ndr.de/streitkraefte](http://ndr.de/streitkraefte).

Seit mehreren Jahren wird bereits russisches Gas durch eine mehr als 1.000 Kilometer lange Ostsee-Pipeline direkt nach Mecklenburg-Vorpommern transportiert. Der geplante Bau einer weiteren Pipeline, Nordstream 2, sorgt schon seit längerem für heftige Diskussionen. Vor allem die osteuropäischen Länder halten das Projekt sicherheitspolitisch für falsch. Sie warnen davor, sich zu stark von russischen Lieferungen abhängig zu machen. Die Bundesregierung sieht diese Gefahr allerdings nicht. Über den Pipeline-Streit und die damit verbundenen unterschiedlichen Interessen - Jerry Sommer:

#### Manuskript Jerry Sommer

Die Europäische Union importiert 30 Prozent ihres Gasbedarfs aus Russland. In Deutschland liegt der Anteil bei etwa 35 Prozent. Gegenwärtig laufen die Genehmigungsverfahren und die Vorbereitung zum Bau der sogenannten Nordstream-2-Pipeline. Diese soll vom kommenden Jahr an russisches Erdgas durch die Ostsee nach Deutschland transportieren – zusätzlich zu der schon seit 2011 in Betrieb befindlichen Nordstream 1-Gasleitung. Ökonomisch sei es zumindest für die Nordwesteuropäer sinnvoll, sich so auf höhere Gasimporte aus den naheliegenden russischen Gasfeldern einzustellen, sagt Kirsten Westphal. Sie ist Energieexpertin der Berliner „Stiftung Wissenschaft und Politik“:

#### O-Ton Westphal

„Selbst wenn der Gasbedarf flach bleibt, ist doch abzusehen, dass der Importbedarf steigen wird, weil die eigenen Gasfelder sich langsam erschöpfen und deswegen ist es wichtig, neue Gasfelder in den Blick zu nehmen.“

Erdgas ist weniger umweltschädlich als Kohle und Öl. Darum bietet es sich als Übergangstechnologie an. Russisches Erdgas ist zudem billig. Und es könnte durch Nordstream 2 noch günstiger werden, glaubt Harald Hecking, der Geschäftsführer des energiewissenschaftlichen Instituts „EWI Energy Research&Scenarios“ in Köln:

#### O-Ton Hecking

„Wir haben in einer aktuellen Studie errechnet, dass die Nordstream 2-Pipeline dazu führen würde, dass die Gaspreise in Europa sinken - in Deutschland, aber auch in allen anderen EU-Mitgliedstaaten. Der Grund dafür ist, dass eine wei-

tere Angebotsoption in den Markt kommt, die dann insbesondere zum Markt für Flüssigerdgas eine große Konkurrenz darstellen würde.“

Die Nordstream 2-Gasleitung ist allerdings umstritten. Für die Großvorhaben sind natürlich Russland und die Betreiberfirma „Gazprom“, die zu 50 Prozent dem russischen Staat gehört. Energieunternehmen aus Deutschland, Frankreich, Österreich und den Niederlanden sowie die Regierungen dieser Länder unterstützen ebenfalls das rein privatwirtschaftlich finanzierte Projekt. Demgegenüber haben sich in Europa vor allem die Ukraine - und innerhalb der EU Polen, die baltischen Staaten und die Slowakei - dagegen ausgesprochen. Dabei spielen auch ökonomische Gründe eine Rolle. Bisher wurde ein Großteil des russischen Gases über die Ukraine nach West- und Südosteuropa geleitet. Die Pipelines zur Ukraine und durch das Land sind allerdings veraltet und müssten dringend modernisiert werden. Außerdem sind sie weit entfernt von den neu erschlossenen Gasfeldern im Norden Russlands. Nordstream 2 hätte daher Auswirkungen auf die Ukraine. Kirsten Westphal von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“:

#### O-Ton Westphal

„Das schmälert die Rolle des Transitlandes Ukraine, und damit verliert die Ukraine auch sowas wie Verhandlungsmacht gegenüber Russland. Sie haben einen Verlust von Transiteinnahmen, der im Moment ja immer noch knapp 2 Milliarden US-Dollar ausmacht.“

Transiteinnahmen könnten auch Polen und die Slowakei verlieren, wenn der Betreiber von Nordstream 2, also das russische Unternehmen „Gazprom“, weniger Gas durch deren Pipelines leitet. Diese Einbußen könnten die beiden Länder zumindest teilweise wieder auffangen – denn der Bau von Nordstream 2 würde auch ihre Gasimporte vermutlich billiger machen.

Auch für die USA würde sich Nordstream 2 wirtschaftlich negativ auswirken. Amerikanische Firmen sind nämlich dabei, ihre Exporte von Flüssigerdgas – kurz LNG genannt - auszuweiten. Der Kölner Energieexperte Harald Hecking:

#### O-Ton Hecking

„Nordstream 2 sorgt für einen starken Wettbewerb zum LNG. D.h., es wird schwieriger LNG nach Europa zu exportieren. Nordstream 2 wirkt aber auch dadurch, dass deutlich mehr Preisdruck im globalen LNG-Markt existiert. Wenn

das LNG billiger in Europa nachgefragt wird und ein Angebotsüberhang existiert, wird das LNG auch global weniger wert.“

Doch den USA drohen nicht nur Exporteinbußen. Auch der Vorteil der USA im globalen Wettbewerb als Industriestandort, den sie angesichts des billigen Gaspreises im Land haben, wird geringer, wenn in Europa durch Nordstream die Gas- und Energiepreise sinken.

Neben ökonomischen führen die USA aber auch außen- und sicherheitspolitische Gründe gegen Nordstream 2 ins Feld. US-Außenminister Rex Tillerson machte den Zusammenhang in einer Rede im vergangenen November deutlich:

#### O-Ton Tillerson (overvoice)

„Die USA liberalisieren ihre Richtlinien für den Export von Erdgas und Öl. Wir werden weiterhin europäische Infrastrukturprojekte wie die Flüssiggas-Terminals in Polen unterstützen, um sicherzustellen, dass kein Land von außerhalb der europäischen Energieunion seine Rohstoffe im globalen Energiemarkt benutzen kann, um andere Staaten zu erpressen. Wir halten Pipelines wie Nordstream 2 und TurkStream für unklug. Denn sie erhöhen in Europa nur die Marktbeherrschung durch einen einzigen Lieferanten“.

Gemeint ist Russland. Wie die USA sprechen auch die osteuropäischen Kritiker von Nordstream 2 von „Risiken für die Energiesicherheit der EU“. Dieses Argument sei aber nicht nachvollziehbar, sagt der Energieexperte Tom Boersma von der Columbia-Universität in New York:

#### O-Ton Boersma (overvoice)

„Europa hat ja verschiedene Möglichkeiten zur Gasversorgung, zum Beispiel durch Flüssiggas. Und die Gasverbindungen innerhalb Europas sind erheblich ausgebaut worden. Zu behaupten, dass eine zusätzliche russische Pipeline das europäische Gasprojekt gefährdet, ist eine enorme Übertreibung.“

Zweifelloos hat Gazprom, der Betreiber von Nordstream 2 und von vielen russischen Gasfeldern, ein ökonomisches Interesse daran, seine Gasverkäufe zu erhöhen. Aber niemand zwingt europäische Unternehmen, russisches Gas zu kaufen. Und es gibt Alternativen. Der Kölner Energiewissenschaftler Harald Hecking:

### O-Ton Hecking

„Wenn Europa weniger russisches Gas bekommen würde, dann gäbe es mit dem LNG-Markt, aber auch mit algerischen oder norwegischen Gas andere Optionen, die dann an den europäischen Markt heranbracht werden könnten.“

Die Befürchtung, Russland könnte aus politischen Gründen den Gashahn zudreihen, teilt auch Kirsten Westphal von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ nicht:

### O-Ton Westphal

„Erdgas als politische Waffe einzusetzen funktioniert nicht, wenn man einen gut versorgten Erdgasmarkt hat und eben nicht nur auf russische Erdgaslieferungen angewiesen ist.“

Das sei aber gegenwärtig schon der Fall, meint Kirsten Westphal. Zudem gibt es keine einseitige Abhängigkeit der EU von russischem Gas. Die Abhängigkeit ist gegenseitig, weil der Gasexport nach Westen für Russlands Wirtschaft auch sehr wichtig ist.

Polen und die baltischen Staaten befürchten durch Nordstream 2 trotzdem geostrategische Vorteile für Russland. Diese Staaten sind nicht nur seit der Ukraine-Krise Moskau gegenüber besonders kritisch eingestellt. Auch für die USA sind geostrategische und sicherheitspolitische Überlegungen sowie die Gegnerschaft zu Russland ein entscheidendes Motiv für den Widerstand gegen die Ostseepipeline. Ilja Zaslavsky, ein Mitarbeiter der „Free Russia Foundation“ in Washington, warnte kürzlich in einer Studie vor den aktuellen Gasplänen des Kremls. Diese seien praktisch ein Teil der russischen Hybrid-Strategie, die darauf abziele, die Demokratie und die Sicherheit in Europa zu zerrütten. Die Sorgen der US-Regierung seien allerdings nicht neu, so Zaslavsky:

### O-Ton Zaslavsky (overvoice)

„Im Grunde wiederholt sich die Geschichte. Schon Ronald Reagan war in den 1980er Jahren gegen das deutsch-russische Gas-Röhren-Geschäft. Es ging ihm um die Sicherheit der NATO und darum, den Sowjets keine harten Devisen zu überlassen. Das trifft heute genauso zu, besonders für den Kongress. Dort ist man beunruhigt, dass Putins Kleptokratie harte Währungen erhält und dass

er die deutsche Elite und die deutsche Wirtschaft unterwandert und den transatlantischen Beziehungen und der NATO schadet.“

Der damalige Präsident Reagan ließ sogar durch die CIA manipulierte Software für die Gasleitungen an die Sowjets liefern. Dadurch explodierte 1982 eine Pipeline in Sibirien. Das berichtete Thomas Reed, der seinerzeit als Minister zusammen mit Reagan an den Entscheidungen über die US-Sabotageaktion beteiligt war.

Damals widerstand die Bundesrepublik dem Druck aus Washington und führte das Gas-Röhren-Geschäft mit Moskau durch – nicht nur aus wirtschaftlichen Erwägungen. Den Wirtschaftsbeziehungen wurden nämlich auch politisch eine positive Rolle zugeschrieben. Das ist heute nicht anders. Die Beziehungen zu Russland sind wegen des Konflikts mit der Ukraine angespannt. Der Westen hat Sanktionen verhängt. Über deren Sinn und Effektivität gehen die Meinungen auseinander. Dass die Bundesregierung parallel zu den Sanktionen auch die Erdgasgeschäfte mit Moskau unterstützt, hält Kirsten Westphal von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ für richtig:

#### O-Ton Westphal

„Das ist der Überlegung geschuldet, dass es ja wirkliche Sicherheit und Stabilität langfristig nicht ohne Russland geben kann. Man setzt da ein Signal, dass man Russland eigentlich weiter als Partner haben möchte.“

Eine einheitliche Haltung der EU-Staaten zu Nordstream 2 ist wohl nicht mehr zu erreichen – zu unterschiedlich sind die wirtschaftlichen Interessen und politischen Strategien gegenüber Russland. Der Bau von Nordstream 2 soll zwar in diesem Jahr beginnen. Doch der Deal ist noch nicht in trockenen Tüchern. Denn der US-Kongress hat im vergangenen Jahr Präsident Trump aufgefordert, Sanktionen gegen Unternehmen zu erlassen, die sich am Bau der Ostsee-Pipeline beteiligen. Dieser Appell stieß in Deutschland auf scharfe Kritik. Bisher ist Trump dem Ersuchen des Kongresses nicht nachgekommen. Aber das US-Parlament könnte Beschlüsse fassen, die den US-Präsidenten binden. Welche Auswirkungen diese dann auf die Nordstream 2-Pipeline hätten, ist zurzeit noch nicht absehbar.

\* \* \*

## Flocken

Ein Bericht von Jerry Sommer.

Das war's für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen unter [ndr.de/streitkraefte](http://ndr.de/streitkraefte). Dort können Sie auch unseren Newsletter abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das aktuelle Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.